

SZENARIEN

DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

3 | 2016

WELCHES LEITBILD DES ZUSAMMENLEBENS WOLLEN WIR?



1

SZENARIO 1

Wir haben es fast geschafft.

Ein Rückblick aus der Zukunft auf ein vielfältiges Deutschland
von Safer Çınar

Seite 3



2

SZENARIO 2

Gespaltene Einwanderungsgesellschaft Deutschland?

Ein mahnender Blick aus der Zukunft
von Katharin Tai

Seite 5



3

SZENARIO 3

Ein deutsches Versprechen?

Rückblick auf die Homogenisierung der Gesellschaft
von Edgar Lopez

Seite 9



EINLEITUNG

*Von Thilo Schöne, Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung
Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“*

Deutschland verändert sich. Bereits vor den zunehmenden Zahlen geflüchteter Menschen hatte jede_r fünfte Einwohner_in Deutschlands eine Einwanderungsgeschichte. Doch die Debatte des Sommers 2016 um die deutsche Nationalmannschaft zeigte erneut die Diskriminierung auf, die zahlreiche Deutsche seit Jahrzehnten aufgrund ihres Aussehens, der Herkunft ihrer Vorfahren oder ihrer Religion erleben. Obwohl seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 das Abstammungsprinzip an Bedeutung verloren hat, machen Teile der Bevölkerung das „Deutschsein“ nach wie vor an Aussehen oder dem Namen fest. Hinzu kommt, dass in Politik, Wirtschaft und Journalismus Menschen mit Einwanderungsgeschichte nach wie vor weniger sichtbar sind.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass immer mehr Deutsche mit und ohne Einwanderungsgeschichte dies nicht mehr akzeptieren wollen. Neue Deutsche Bewegungen haben sich auf den Weg gemacht, Menschen mit einer weltoffenen Haltung zu organisieren und für gleiche Rechte für alle einzutreten. Gefordert wird u.a. ein neues Leitbild für ein Zusammenleben in der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft, das die multiplen Identitäten jeder und jedes Einzelnen betont, Vielfalt als Ressource betrachtet und Diskriminierung entschieden entgegen tritt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet Ihnen mit dieser Publikationsreihe eine Perspektive, die wir im Alltag selten einnehmen: Debattenbeiträge aus der Zukunft. Heraus aus der Tagespolitik und den aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen und hinein in zehn Jahre entfernte Visionen unseres Landes. Ein Blick in die Zukunft kann den Horizont erweitern für die möglichen Konsequenzen aktueller Politik und Alternativen aufzeigen. Aus der zukünftigen Perspektive heraus antworten die Debattenbeiträge auf die Fragen: Wie wollen wir zusammenleben? Welche Leitbilder der Einwanderungsgesellschaft sind möglich? Kann die Zugehörigkeitsfrage in Deutschland neu gedacht werden?

Darüber haben die Autorinnen und Autoren nachgedacht. Safter Çınar ist ehemaliger Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) und „staatlich anerkannter Ausländer“ (Selbstbezeichnung). Edgar Lopez ist ein freier Journalist mit ostdeutscher Migrationsgeschichte und Katharin Tai eine freie Journalistin, die durch ihren fünfjährigen Aufenthalt in China, England und Frankreich einen Blick von außen auf Deutschland wirft.

Sie gehen in ihren Szenarien von unterschiedlichen Leitbildern einer Einwanderungsgesellschaft aus. Safter Çınar beschreibt ein nach kanadischem Vorbild multikulturelles Leitbild, in dem Vielfalt in allen gesellschaftlichen Bereichen Normalität ist. Edgar Lopez zeichnet ein auf Homogenität und Assimilation basierendes Leitbild nach französischem Vorbild, in dem Unterschiede nicht gewollt sind und Rechte und Pflichten eng miteinander verwoben sind. Katharin Tai blickt zurück auf eine gesplante Einwanderungsgesellschaft, in der sich aufgrund der Entscheidungsunfähigkeit der deutschen Gesellschaft parallel existierende Leitbilder gebildet haben.

Diese Szenarien wurden in Workshops gemeinsam mit Expertinnen und Experten erarbeitet. Sie sind keine Träume, auch keine Wünsche, sondern anhand von gemeinsam identifizierten Grundannahmen ausgearbeitete Szenarien, die mögliche Entwicklungsstränge in Extremfällen zeichnen. Sie spiegeln nicht die persönlichen Meinungen der Autorinnen und Autoren oder der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.

Das Verständnis von kultureller Vielfalt als Normalität bei einem gleichzeitigen für alle geltenden gesellschaftlichen Grundkonsens über die Art des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft bildet die Grundlage der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Bereich. Da Sie ein Teil dieser Gesellschaft sind, hoffen wir, Ihnen mit der Lektüre dieses Hefts neue Denkanstöße geben zu können und auch Sie zu ermutigen, in Zukunftsszenarien zu denken.



SZENARIO 1

Wir haben es fast geschafft. Ein Rückblick aus der Zukunft auf ein vielfältiges Deutschland

Von Safer Çınar, ehemaliger Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD)

Es ist ein Freitagnachmittag. Ich fahre mit meinem Auto zum Berliner Bezirk Neukölln, zur Grundschule meines Enkels Yunus. Er besucht die vierte Klasse der „Amadeu António Kiowa“-Grundschule. Die Schule entschied sich 2025, von nun an den Namen des am 6. Dezember 1990 in Eberswalde von Neonazis ermordeten Angolaners zu tragen. Amadeu António Kiowa war das erste bekannte Todesopfer rassistisch motivierter Gewalt in Deutschland nach der Wiedervereinigung.

Ende nächster Woche beginnt Ostern, das die Schule zusammen mit dem ersten Tag des Ramadanfestes feiert. Seit die rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag 2024 den Islam „als eine Religion in der Bundesrepublik Deutschland“ anerkannt und den Bundesländern empfohlen hat, auch die beiden islamischen Festtage (Ramadan- und Opferfest) zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären, haben viele Länder dies umgesetzt. In Berlin gilt das erstmalig 2026.

Im Info-Radio höre ich die Nachrichten. Gerade spricht die Bundesministerin für Verkehr und Städtebau, Aydan Özoğuz von der SPD. Sie macht darauf aufmerksam, dass Ende der Woche beide Feste beginnen und viele Menschen unterwegs sein werden. Zu Beginn der islamischen Feiertage besuchen sich die Familien gegenseitig, daher sei insbesondere in Nordrhein-Westfalen mit einem hohen Verkehrsaufkommen zu rechnen.

In der Schule angekommen muss ich im Gewühle erst mal Yunus finden. Er unterhält sich gerade mit seiner Türkischlehrerin. Die Schule bietet Türkisch und Arabisch ab der ersten Klasse an, diese beiden Sprachen können in Berlin auf vielen weiterführenden Schulen als zweite oder dritte Fremdsprache als abiturrelevant gewählt werden.

Yunus küsst mich auf die Hand und führt seine Hand dann zur Stirn. Diese Begrüßung Erwachsener ist in vielen türkeistämmigen und islamischen Familien üblich. Das hat Yunus aber nicht in seinem Elternhaus gelernt, sondern gerade im Ethikunterricht und will es mal ausprobieren. Während des Ramadanfestes bringen die Besucher immer eine Schachtel Süßigkeiten – meistens Lokum¹ – als Geschenk mit. Ich gebe Yunus die Schachtel, er gibt sie seiner Lehrerin und sie stellt die Schachtel auf den großen Tisch mit diversen anderen Süßigkeiten.

Die Schulleiterin Aaminah Al-Dimashqi² begrüßt die Eltern und die Schüler_innen. Sie trägt ein Kopftuch, vor zehn Jahren war das noch undenkbar. Nachdem es sich auch in der Bundesrepublik Deutschland herumgesprochen hat, dass beispielsweise in Großbritannien, in einigen Provinzen Kanadas, in Schweden und Australien sogar Polizistinnen ihren Dienst mit Kopftuch versehen können, haben sich die Gemüter beruhigt.

Anschließend erklären einige Schüler_innen den Anwesenden den religiös-historischen Hintergrund beider Feste, wie sie es im Ethikunterricht gelernt haben. Dabei informieren ein muslimischer Schüler über Ostern und eine christliche Schülerin über das Ramadanfest. Dann wird getanzt und gefeiert.

Auf dem Weg nach Hause muss ich noch einmal über dieses Schulfest, und wie so etwas möglich geworden ist, nachdenken.

1 Lokum: eine türkische Süßigkeit mit Sirup aus geliertes Stärke und Zucker, oft auch mit Mastix

2 Aaminah: Frau des Friedens und der Harmonie
Al-Dimashqi: aus Damaskus in Syrien stammend



Die verpflichtenden Integrationskurse werden jetzt in vielen Sprachen durchgeführt, auch die Inhalte haben sich geändert. Den Eingewanderten wird jetzt nicht mehr „beigebracht“, dass Diebstahl in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist, sondern sie erfahren etwas über das Bildungssystem oder die Gesundheitsvorsorge und natürlich auch über die staatlichen Strukturen und die Gesellschaft allgemein. Parallel dazu läuft der Deutschunterricht.

Das Gesetz zur Staatsangehörigkeit ist schon mehrmals geändert worden,

jetzt gilt die Einbürgerung nicht mehr als „Kronung der Integration“, sondern als ein Mittel, um Eingewanderte schneller und intensiver in die (neue) Gesellschaft einzubinden. Dieses Mal ist es tatsächlich eine Reform: Mehrere Staatsbürgerschaften zu besitzen ist nun die Regel. Je nach Aufenthaltsdauer stellen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug kein Hindernis für die Einbürgerung mehr dar. Und außerdem ist an die Stelle der Sprach- und Sozialkundeprüfungen ein „Einbürgerungsinterview“ getreten.

Seit im Herbst 2021 die erste rot-rot-grüne Bundesregierung gebildet wurde – 2025 wurde sie wiedergewählt – hat sich einiges geändert: Einwanderung und kulturelle Vielfalt werden nun als Bereicherung betrachtet. Die gute wirtschaftliche Entwicklung in Europa hat sicherlich ebenfalls zu einer positiven Atmosphäre in der Gesellschaft beigetragen. Die (Konkurrenz-)Ängste sind zurückgegangen. Aus einer sogenannten Integrationspolitik ist inzwischen eine Partizipations- und Gleichstellungspolitik geworden.

2024 verabschiedete der Bundestag ein Einwanderungsgesetz, das ein „Recht auf Einwanderung“ geschaffen hat: Drittstaatler_innen dürfen nun frei einreisen, sich einen sozialversicherungspflichtigen Job suchen, freiberuflich tätig sein oder ein Gewerbe ausüben. Schaffen sie das innerhalb von sechs Monaten nicht, reisen sie wieder aus und dürfen es nach drei Jahren noch einmal versuchen. Wem es gelingt, der darf seine Familienangehörigen nachholen.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurden bereits in Berlin und Nordrhein-Westfalen Partizipationsgesetze beschlossen. Nach diesem Modell wurde 2024 das Bundespartizipationsgesetz verabschiedet. Darin wird geregelt, wie sich Menschen mit Migrationsgeschichte an Staat und Gesellschaft beteiligen können. So soll beispielsweise ihr Anteil in der Verwaltung nach und nach ihrem Anteil an der Bevölkerung angepasst werden. Auch in vielen Gremien, wie zum Beispiel

den Rundfunkräten oder Beiräten, sind nun Menschen mit Migrationsgeschichte vertreten.

Einige Bundesländer (Berlin, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Thüringen) haben das kommunale Wahlrecht für Drittstaatler_innen eingeführt, wie es bereits in 16 von 28 EU-Ländern üblich ist. Auch die Verfassungsklagen von Union und AfD konnten dies nicht verhindern. Es gibt Überlegungen, bei uns das Landeswahlrecht, ja gar das Bundestagswahlrecht für Drittstaatler_innen, einzuführen. Dazu braucht es aber wohl einer Grundgesetzänderung.

Ebenso ist in der Diskussion, „kulturelle Vielfalt als Staatsziel“ in das Grundgesetz aufzunehmen. Als Vorbild dient beispielsweise Kanada, wo unter der konservativen Regierung von Brian Mulroney 1985 Multikulturalismus als Grundrecht in der Verfassung verankert und 1988 im Multikulturalismusgesetz rechtlich konkretisiert worden war.

Während dieser Überlegungen fällt mir ein, dass die Verabschiedung des Einwanderungs- und Bundespartizipationsgesetzes sich am kommenden Mittwoch zum zweiten Mal jährt. Die Medi-

en berichten, dass die AfD zu einem bundesweiten „Tag der Deutschen“ aufgerufen habe, wo gegen die „Übernahme unseres Staates durch Eingewanderte und Muslime“ protestiert werden soll. Die AfD ist inzwischen zwar nicht mehr in so vielen Landesparlamenten vertreten und besitzt auch im Bundestag nur noch sechs Mandate. Trotzdem hat sie noch viel Einfluss. Die zentrale Kundgebung soll in Leipzig stattfinden, wo neben der AfD-Bundesvorsitzenden die Vorsitzende des Front National, Mathilde Chauffroy, aus Frankreich erwartet wird. Da die Wirtschaft momentan etwas kriselt, könnten mehr Menschen kommen als in der Vergangenheit.

Ich überlege, ob ich zu der Gegenkundgebung fahren soll, wahrscheinlich werde ich es mit einer Gruppe aus Berlin tun.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich vieles zum Positiven geändert. Bei einer größeren ökonomischen Krise und einer steigenden Zahl von Arbeitslosen kann sich dieser Trend natürlich auch wieder umkehren. Aber dennoch kann ich sagen: Wir haben es fast geschafft.



SZENARIO 2

Gespaltene Einwanderungsgesellschaft Deutschland? Ein mahrender Blick aus der Zukunft

Von Katharin Tai, freie Journalistin mit einem Blick von außen

Neukölln war lange für seine türkische Community bekannt. Doch wer heute durch die Straßen des Berliner Stadtteils läuft, wird leichter einen Bio- als einen türkischen Gemüseladen finden. Vor fünf Jahren war das noch ganz anders. Die Wohnungsnot in Berlin und die Mietpreise, die sich immer

mehr denen in anderen europäischen Großstädten annähern, haben ihre Spuren hinterlassen: Die meisten Häuser sind renoviert und sorgfältig gestrichen und in den Cafés im Erdgeschoss werden Getränke verkauft, die nach Orient und Fernost klingen. Zehn Jahre nach der sogenannten Flücht-

lingskrise gibt es hier Leute, die zumindest einen gewissen Erfolg hatten – sonst würden sie sich die Mieten hier nicht mehr leisten können.

Die WG, die ich suche, befindet sich in einem der wenigen nicht renovierten Häuser, mit Stickern im Treppenhaus und neben der Klingel. Amena öffnet die Tür, schiebt ihren Laptop und ein paar Zeitungen auf dem Küchentisch zur Seite und bietet mir Kaffee an. Die 27-jährige Journalistin teilt sich die Dreizimmerwohnung mit ihrem älteren Bruder Hayyan, einem Krankenpfleger, und Marwan, der Germanistik auf Master studiert. Marwan ist wegen eines Bewerbungsgesprächs für ein Stipendium für syrische Geflüchtete in Bonn, aber die beiden Geschwister haben sich Zeit für ein Gespräch genommen. Nachdem in Deutschland lange von „Gastarbeitern“ und „Spätaussiedlern“ die Rede war, gelten die „Flüchtlinge“ nun als die dritte große Einwanderungswelle – doch in den letzten zehn Jahren sind sie irgendwann einfach aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Zwischendurch tauchten sie zwar immer wieder in den Medien auf, aber mich interessiert nun, wie zwei junge Leute auf die vergangenen Jahre zurückblicken.

Sie wissen beide, dass sie die stereotypen Kategorien der „guten“ Ausländer repräsentieren: die hart arbeitende Frau, die sich eine Stimme als junge Intellektuelle verschafft hat, und ein Mann, der eine staatlich geförderte Berufsausbildung in einem Sektor absolviert hat, in dem es gerade an Arbeitskräften mangelte – „Lückenfüller“, wie manche die Programmteilnehmer verächtlich nannten. Doch augenscheinlich hat es geklappt: Die Engpässe im Pflegebereich sind in vielen großen und mittleren Städten behoben, es gibt Kindergärtner und hier und da auch Lehrer, die nach Deutschland geflüchtet waren.

Auch Amena ist skeptisch: „Meine Erfolge werden gerne vorgezeigt, aber niemand spricht darüber, wie hart ich dafür gekämpft habe“, kritisiert

sie. Mit 17 Jahren kam sie 2015 als eine der letzten syrischen Flüchtlinge nach Deutschland. Hayyan, der ein paar Jahre älter ist, war damals schon seit einigen Monaten in Bayern. Irgendwann wurden die europäischen Außengrenzen einfach geschlossen und die deutsche Bürokratie konzentrierte sich darauf, die Neuangekommenen in die Gesellschaft einzugliedern, anstatt sich mit denen zu beschäftigen, die noch draußen waren. Das „Integrationsproblem“ wurde bürokratisch angegangen, während sich die Gesellschaft wieder anderen Themen zuwandte.

Doch die Mitglieder dieser Bürokratie und die Regeln, die angewandt wurden, waren keineswegs neutral: Viele Geflüchtete hatten Probleme mit der Anerkennung ihrer Abschlüsse, Deutschkurse gab es, aber nie ausreichend, und zwischendurch holten Politiker immer wieder die „deutsche Leitkultur“ aus der Mottenkiste, um den Teil der Wähler anzusprechen, der mit dem Nachfolger der AfD sympathisierte. Während es in den meisten Großstädten längst syrische Viertel gibt, in denen man die einzig wahren Falafeln bekommt, und an den Schulen auch zunehmend Arabisch und Türkisch unterrichtet werden, diskutiert die Öffentlichkeit immer wieder, wie deutsch es denn eigentlich sei, das Ramadanfest ‘Īd al-Fitr statt Weihnachten zu feiern. Es sind keine konkreten Argumente, um die es geht, sondern ein „diffuses Angstgefühl vor dem anderen“, wie der ehemalige kanadische Premierminister Justin Trudeau es neulich in einem Gastbeitrag diagnostizierte.

Hayyan kommt in die Küche und setzt sich neben mich. Amena erklärt, was für sie das „Integrationsproblem“ ist: „Niemand hat sich die Frage gestellt, was es eigentlich bedeutet, sich zu integrieren. Es war das reinste Chaos.“ Für sie bedeutete es: Monate lang auf Deutschkurse zu warten und sich mit Apps auf eigene Faust die Sprache beizubringen. Integrationskurse, in denen Geflüchteten viel über Hygiene erzählt wurde, nachdem in einer der überfüllten Unterkünfte eine Grippe

ausgebrochen war. Und immer wieder wurde ihr Hintergrund überprüft, auch nachdem ihr schon Asyl gewährt worden war – alles für die Sicherheit. „Und dann wurde ständig für Ausbildungsangebote geworben – Kindergärtner, Krankenpfleger, Verwaltungsjobs, aber bloß nichts Intellektuelles“, wirft Hayyan ein. Für das Gespräch hat er extra einige der Broschüren rausgesucht, die Berufsschulen und Ausbildungsplätze auf Englisch, Deutsch und Arabisch bewerben.

Amena stöhnt: „Oh Gott, ja, bloß nichts Intellektuelles für die Ausländer. Ich wusste, seit ich sechs war, dass ich Journalistin werden wollte, aber von Uni sprach in Deutschland niemand. Leute fehlten an anderen Stellen, und da sollten wir hin.“

Beide Geschwister verbrachten nach ihrer Ankunft einige Jahre an einer Berufsschule, an der sie sich schnell langweilten: Hayyan hätte gerne auf Englisch weitergelernt und dann „irgendetwas Interessantes“ studiert, wie viele junge Deutsche nach dem Abitur, die dann von den billigen Universitäten profitierten. Doch der einfache Unterricht frustrierte ihn noch mehr als die Mitschüler, die allesamt zwei, drei Jahre jünger waren. Als er sich nach dem Schulabschluss zwischen dem mühsamen zweiten Bildungsweg, für den er vermutlich noch weitere Deutschkurse hätte besuchen müssen, und einer staatlich geförderten Ausbildung zum Krankenpfleger entscheiden musste, stand schnell fest, wie es weitergehen würde.

Auf die Frage, ob er seine Entscheidung bereue, hält er in seiner Erzählung inne und stellt seinen Kaffee auf einer der Zeitungen ab: „Ich bin 34,



die Arbeit macht mir Spaß und ich habe das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun. Es könnte schlimmer sein.“

Er fühlt sich wohl im offenen Berlin, aber im Grunde sucht er schon seit einer Weile nach einem Job außerhalb der Stadt: Seine Freundin ist Ärztin und eigentlich wollten sie zusammen in eine ländlichere Region ziehen, um dort Kinder großzuziehen. Doch bisher hat er in keinem der kleinstädtischen Krankenhäuser, bei denen er sich beworben hat, eine Zusage bekommen. Studien haben in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass Bewerber mit „ausländisch“ klingenden Namen im Arbeitsmarkt weiterhin diskriminiert werden, aber Hayyan konnte in keinem der Fälle nachweisen, dass Rassismus der Grund für die Ablehnung war. So bleibt er vorerst in der Stadt mit den teuren Mieten und in seiner WG: „Vielleicht ist es ja auch nicht schlecht, wenn meine Kinder mit etwas Vielfalt aufwachsen.“

Amena kennt das Problem – auch sie würde lieber nicht in einer WG wohnen und hatte versucht,

eine Zweizimmerwohnung für sich und ihre Bücher zu finden. Doch mit dem anhaltenden Wohnungsmangel muss man dafür nicht nur zahlreiche Dokumente zum eigenen beruflichen und finanziellen Hintergrund vorlegen, sondern auch mit grundlosen Absagen rechnen. Über die Diskriminierung „nicht deutscher“ Namen auf dem Wohnungsmarkt hat sie bereits geschrieben, doch während ein Teil der Gesellschaft sich mit ihr ärgert, verweist der andere auf die großzügigen Programme, die Leuten wie Hayyan die Berufsausbildung und ihr selber ein Studium finanziert haben: „Nur, weil ich neben der Schule Deutsch gelernt und jedes Buch gelesen habe, das mir unterkam, muss ich jetzt als Beweis herhalten, dass wir ja könnten, wenn wir wollten.“ In den zwei Jahren seit dem Ende ihres Studiums hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, genau diese Ungerechtigkeiten aufzuzeigen.

Mit einer Reportage über Rassismus im Niedriglohnsektor hatte die damals 24-Jährige schlagartig auf sich aufmerksam gemacht: Um zu verhindern, dass sie sich gemeinsam für faire Löhne einsetzen, spielten Arbeitgeber Geflüchtete mit nicht deutschem Hintergrund gegen andere Angestellte aus – eine Strategie, die durch die oft fremdenfeindliche Rhetorik rechter und einiger linker Parteien noch unterstützt wurde.

„Als Reaktion auf meine Reportage ging damals ein Fernsehteam los, das Geflüchtete aus Syrien zeigte, die kein Deutsch und kein Englisch konnten – was ja an der anfangs schlechten Organisation von Sprachkursen lag! Aber auf einmal war ein Großteil der öffentlichen Meinung wieder gegen Gesetzesänderungen, denn wer sich nicht integrieren will, der verdient natürlich keinen gesetzlichen Schutz. Letztendlich gab es nur ein bisschen gesetzliches Flickwerk am Mindestlohn, was zumindest die größten Schlupflöcher gestopft hat“, sie schüttelt den Kopf, greift nach ihrem Handy und scrollt durch einen Gruppenchat.

Sie ist noch immer in Kontakt mit den Protagonisten ihrer Reportage. Viele kennt sie aus ihrer Zeit in den improvisierten Flüchtlingsunterkünften vor zehn Jahren, die anderen wurden ihr dann nach und nach vorgestellt. Höhere Löhne für „Ausländer“, die außerdem kein Deutsch sprechen, hat sich bisher nicht als gewinnbringendes Wahlkonzept erwiesen – besonders, wenn andere Arbeitnehmer mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben.

„Das Problem ist nicht, dass wir nicht dazugehören – wir haben eine schöne Wohnung, werden immer Arbeit finden und vermutlich sogar einen Arbeitgeber, der uns ‘Īd al-Fitr mit unseren Eltern feiern lässt, obwohl es dafür keine gesetzliche Regelung gibt. Meistens sind unsere Namen in Berlin kein Problem, und falls wir Kinder haben, können wir sie in Kindergärten schicken, in denen sie bilingual erzogen werden. Ich könnte einfach ignorieren, was außerhalb meiner eigenen sozialen Blase passiert.“

Doch Amena wird weiter über Integration in Deutschland, die Flüchtlinge an den europäischen Grenzen und das anhaltende Interesse an Migration nach Deutschland schreiben. Als Politikredakteurin wird sie an den meisten Tagen wissen, wo die CDU, die SPD und die AfD-Nachfolger in den Umfragen stehen, welche neuen Maßnahmen die Regierung gerade angekündigt hat, um die „richtigen“ von den „falschen“ Flüchtlingen zu unterscheiden, um ja nur die ins Land zu lassen, die einen langen Kriterienkatalog erfüllen, während sie gleichzeitig über Integrationserfolge spricht und auf die Städte zeigt.

„Die Leute, die glauben, dass du nur deutsch bist, wenn du aus dem richtigen Teil der Welt kommst, wird es immer geben“, fügt Hayyan hinzu. „Ich treffe sie ja selber jeden Tag – hier in Berlin weniger als auf dem Land, aber sie sind da.“ Ich deute auf die aktuellen Tages- und Wochenzeitungen, die neben Amenas Laptop auf dem Tisch liegen:

Noch immer wird diskutiert, ob Navid Kermani deutscher Bundespräsident werden könnte. Ein muslimischer Bundespräsident, säkular, hochgebildet und gut mit Worten? Eigentlich wäre er der perfekte Kandidat, aber so richtig scheint sich niemand hinter ihn stellen zu wollen. Amena plant gerade ein Interview mit Kermani, doch so sehr sie den Literaten schätzt, so skeptisch ist sie, was seine politischen Erfolgschancen angeht: „Es ist

egal, ob sein Name iranisch, syrisch oder türkisch ist, der Hass wird bleiben. Wir können noch so oft sagen, dass der Islam zu Deutschland gehört, für viele Menschen hört sich das einfach nicht richtig an – auch wenn ihn die großen Städte, ohne zu zögern, direkt wählen würden. Und wie sollen wir je einen Repräsentanten für diesen Staat wählen, wenn unsere Gesellschaft so gespalten ist?“

3

SZENARIO 3

Ein deutsches Versprechen? Rückblick auf die Homogenisierung der Gesellschaft

Von Edgar Lopez, freier Journalist mit ostdeutschem Migrationshintergrund

Die Spätsommersonne durchflutet das Gebäude im Zentrum von Leipzig. Es ist 17.30 Uhr und eigentlich Feierabendzeit. Die meisten Leute würden sich jetzt wohl lieber in einem Biergarten im Grünen aufhalten als in den Glas- und Betonschluchten der Innenstadt. Theo sitzt noch an seinem Schreibtisch. „Es ist einfach ein gutes Gefühl, wenn ich die Aufgaben, die ich mir am Vormittag vornehme, zum Feierabend beendet habe“, sagt der 26-jährige Verwaltungsgehilfe. In seiner Firma wird er für diese Einstellung geschätzt. Für ihn ist das eine Genugtuung. Denn bis dahin war es ein weiter Weg.

Theo heißt eigentlich Tesfay und kommt ursprünglich aus Eritrea. Im Tigrinischen, einer der Sprachen Eritreas, bedeutet sein Name „meine Hoffnung“. Vor ein paar Jahren bestand diese Hoffnung für ihn allein darin, aus seinem Heimatland fliehen zu können. Denn dort hätte er bereits im zwölften Schuljahr den Militärdienst antreten müssen. Weil sich Theo öffentlich dagegen aussprach, geriet er ins Visier der Behörden.

Die Flucht war für ihn der einzige Ausweg. Bis nach Tunesien schlug er sich durch, setzte dort mit einem Boot nach Italien über und war damals einer der wenigen Flüchtlinge, die nicht durch die Frontex-Mission „Odysseus“ bereits an den Küsten der nordafrikanischen Länder abgefangen wurden.

„Ursprünglich wollte ich nach Schweden“, so Theo. In Deutschland angekommen, entschied er sich jedoch, zu bleiben und einen Asylantrag zu stellen. Auch weil er in der Schule bereits ein bisschen Deutsch gelernt hatte. Sein Antrag auf politisches Asyl wurde abgewiesen. Da in Eritrea jedoch vermeintlichen Deserteuren die Todesstrafe droht, werden Flüchtlinge seit über zehn Jahren nicht mehr dorthin abgeschoben. Er durfte bleiben und profitierte direkt vom wichtigsten gesellschaftspolitischen Projekt der Großen Koalition im letzten Jahrzehnt: dem Integrationsvertrag.

Der Integrationsvertrag gibt ein einfaches Versprechen: „Deutschland verspricht dir Arbeit, Bildung,

Sicherheit und Akzeptanz! Im Gegenzug versprichst du Deutschland, seine Sprache zu lernen, einen Eid auf das Grundgesetz zu leisten, dich an die hiesige Kultur anzupassen und vor allem deine Religion nur noch privat zu leben!“ Das steht in den Broschüren, die an geflüchtete Menschen verteilt werden, sobald sie ins Land kommen. Auch an jene, die kein Recht auf Asyl genießen.

Eine Abmachung, von der Theo bis jetzt profitiert hat. Einmal im Land lernte er intensiv die Sprache, arbeitete hart und machte das deutsche Abitur. Es folgte eine Ausbildung zum Bürokaufmann. Obwohl seine Familie christlich ist, war er nie wirklich gläubig. Zusammen mit seiner kenianischen Freundin Andia engagiert er sich mittlerweile in einer Kirchengemeinde, um sich noch besser zu integrieren. Auch sie hat ihren Namen eingedeutscht und nennt sich fortan Andrea. Beide wollen ein ruhiges, unbehelligtes Leben führen. Ihre Namen können sie ändern, ihre Hautfarbe aber nicht.

Amir ist in derselben Firma wie Theo angestellt und hat ebenso eine Fluchtgeschichte. Er und seine Familie stammen aus Damaskus. 2015 sind sie in die Türkei geflohen, kamen dann 2017 nach Deutschland und genossen im Gegensatz zu Theo von Anfang an Asyl. Auch von ihnen wird seit einigen Jahren erwartet, die Grundsätze des Integrationsvertrags zu leben.

Prinzipiell ist das kein Problem. Sie lernten ebenso schnell die Sprache und identifizieren sich mit dem Grundgesetz. Während Theo in dieser Nacht um ein Uhr schon mehrere Stunden schläft, sitzt Amir noch immer vor dem Fernseher. Seit einer Weile leidet er an Schlafstörungen. Er zapft sich durch die Kanäle und bleibt bei einer alten Tagesschau-Ausgabe hängen. Sie stammt vom August 2016.

Das Jahr 2015 war noch ganz von einer „Willkommenskultur“ gegenüber Flüchtlingen geprägt. Die

Ereignisse im Sommer 2016 führten aber langsam zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung. Aus Nächstenliebe wurde Angst vor dem Ungewissen. Als die Türkei Anfang 2017 aus politischem Kalkül auch noch das Flüchtlingsabkommen mit der Europäischen Union aufkündigte und erneut über eine Million Menschen auf dem Landweg nach Mitteleuropa und vor allem nach Deutschland kamen, kippte die Stimmung. Deutschland war kurz davor, sich abzuschotten.

In diesen schlaflosen Nächten denkt Amir viel über ihre Situation nach: „Die Angst der Leute von Pegida ist letztlich zum treibenden Motiv der Politik geworden“, hört er einen Kommentator im Fernsehen sagen. In allen Parteien führte dieser gesellschaftliche Druck zu einem spürbaren Rechtsruck. Vor allem die AfD profitierte davon und schaffte 2017 sogar den Einzug in den Bundestag. Ebenso gingen die rechten Flügel der Unionsparteien gestärkt aus der Wahl hervor. Obwohl die großen Städte seit Jahrzehnten kosmopolitische Inseln sind, reichte ihr Wählerpotenzial nicht, um für andere Mehrheiten zu sorgen.

Ein parteiübergreifender, gesellschaftlich breit aufgestellter Reformkonvent sollte daher 2017 die Krise lösen. Weitere Verschärfungen des Asylrechts, wie die Abschiebung auch in Krisengebiete, wurden erwogen, obwohl sie eindeutig gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Vor allem die Wirtschaftsverbände forderten eine schnelle Integration der ankommenden Menschen und bildeten ein Gegengewicht zum politischen Mainstream. Deutschlands stabile wirtschaftliche Entwicklung und der Bedarf an Arbeitskräften führten dazu, dass der restriktive Kurs nicht die Oberhand gewann. Dies zeigte sich auch im Integrationsvertrag, in dem Arbeit, eine Entlastung der öffentlichen Haushalte sowie andere ökonomische Aspekte eine große Rolle spielen. Das Grundgesetz wurde zwar nicht geändert, den-

noch betrafen die Gesetzesänderungen und Reformen etliche Gesellschaftsbereiche, wie Gesundheit, Rentenversicherung, Justiz oder Bildung.

Der Integrationsvertrag verspricht Arbeit, Bildung, Sicherheit und Akzeptanz, verlangt dafür den Eid aufs Grundgesetz und die Beherrschung der deutschen Sprache. Er will also, dass die Menschen, die nach Deutschland kommen, sich anpassen und unauffällig sind. Religion soll eine reine Privatsache sein. Das ist im Vertrag zwar allgemein formuliert, damit sind aber in Wirklichkeit in erster Linie der Islam und alle anderen Religionen außer dem Christentum und Judentum gemeint.

Seit dem Frühjahr weiß Amir nicht mehr, ob er sich hier noch wohlfühlen kann. Zum Frühjahrsfest seiner Firma nahm er erstmals seinen Bruder Said und dessen Freundin Nour mit. Nour, eine gebürtige Berlinerin und nach eigenen Worten eine aufgeklärte Frau, sieht sich selbst als eine liberale Muslima. Sich den neuen, ihre Freiheit beschränkenden Gepflogenheiten zu unterwerfen, liegt ihr fern. Deswegen zieht sie auch zum Firmenfest ihr modernes Kopftuch an.

Was in Großstädten weiterhin kein Problem ist, wurde in dem kleinen Ort außerhalb von Leipzig, wo das Fest stattfand, zu einem Fiasko. Sie erntete argwöhnische Blicke und Spott, nicht nur der Einheimischen, sondern auch einiger Kollegen aus Köln und Stuttgart. Das hätte Amir nicht erwartet. Denn die Religionsfreiheit steht ja im Grundgesetz, wie er gelernt hat.



Seitdem hat sich für ihn das Klima verändert. Vor ein paar Wochen gab es abfällige Bemerkungen zu seiner Gewohnheit, während des Ramadans zu fasten. Er leidet mittlerweile an Depressionen und ist seit Wochen beurlaubt. Trotzdem droht ihm die Kündigung. Würde ihm tatsächlich gekündigt, so könnte er auch in ein sicheres Drittland abgeschoben werden. Zumindest wird dies derzeit in der Öffentlichkeit diskutiert.

Ursprünglich war der Integrationsvertrag auch ein Versprechen an jene Deutschen, die Angst vor dem eigenen Abstieg hatten und dieses Gefühl auf die Geflüchteten projizierten. Die Ökonomisierung des Vertrags und der gleichzeitige Abbau der finanziellen Unterstützung für Geflüchtete wirkten sich aber auch auf die ganze Gesellschaft aus. Denkt er an seine deutschen Kollegen, ist sich Amir sicher: „Das soziale Netz ist heute viel löchriger als noch vor einigen Jahren. Und das betrifft leider alle.“



IMPRESSUM

Herausgegeben von Thilo Schöne • Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN
Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“
www.fes-forumberlin.de/content/einwanderungsgesellschaft.php

Die Szenarien sind entstanden unter der Mitwirkung von Valerie Giesen, Tanja Hille, Ademir Karamehmedovic, Dessislava Kirova, Vinzenz Kratzer, Nele Lämmer, Helen Sophia Müller, Larissa Ordu, Lisanne Raderschall, Christina Riek, Susanne Tasler und Vanessa Wintermantel • Lektorat: Corinna Alt

ISBN: 978-3-95861-557-1

© Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN 2016 • Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Gestaltung/Satz: Heike Wächter, Berlin

Fotos: Heike Wächter (Titel), Zurijeta/Shutterstock.com (Szenario 1), Kzenon/Fotolia.com (Szenario 2), Hewac/Fotolia.com (Szenario 3)

Druck: Druckerei Brandt, Bonn • Gedruckt auf Recycling Papier

Bestellungen/Kontakt unter forum.aj@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.